

DRINGLICHKEITSANTRAG

Das unterfertigte Mitglied des Gemeinderates der Marktgemeinde Kreuzstetten stellt gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 den Antrag, den nachstehenden Verhandlungsgegenstand

Resolution an die österreichische Bundesregierung: Heute für morgen – Klimaschutz jetzt!

in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 25. Juni 2019 aufzunehmen.

Abstimmungsvorschlag: Der Gemeinderat möge beschließen: Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, den Beschluss der KlimareferentInnenkonferenz mit den Forderungen (lt. Beilage) rasch umzusetzen.

Begründung: Der letzte Sommer hat uns gezeigt, dass die Klimakrise mittlerweile auch direkt bei uns angekommen ist. Österreich ist derzeit jedoch weit davon entfernt, die Ziele des Pariser Weltklimavertrages zu erfüllen. Das wäre nicht nur ein Debakel für die Zukunft der nächsten Generationen, sondern könnte uns auch sehr teuer zu stehen kommen: Strafzahlungen des Bundes in der Höhe von bis zu 10 Milliarden Euro, damit indirekt auch finanzielle Belastungen für die Gemeinden. Die weitreichenden Auswirkungen der Klimakrise zeigen sich auch in unserer Gemeinde: die Landwirtschaft ist von Dürre und Hitze betroffen, die Menschen leiden unter den gesundheitlichen Auswirkungen, extreme Witterung verursacht erhebliche Schäden und Umwelt, Artenvielfalt und Tierwelt ist massiv betroffen. Der vorliegende Antrag enthält einen 5-Punkte-Plan, der bei der Konferenz der KlimaschutzreferentInnen der Bundesländer am 12. April 2019 von den Klimaschutzlandesräten von ÖVP, SPÖ und Grüne einstimmig beschlossen wurde.

GR Christine Kiesenhofer



Resolution an die Österreichische Bundesregierung

1. Das Erreichen der Ziele des Pariser Übereinkommens soll als vorrangiges Verfassungsziel in der Bundesverfassung der Republik Österreich verankert werden.
2. Vorrang für eine beschleunigte Energiewende: Sicherstellung eines funktionierenden Rechtsrahmens für 100 Prozent Erneuerbaren Strom bis 2030, 45 – 50 Prozent Erneuerbarer Energie am Brutto-Endenergieverbrauch bis 2030, 60 Prozent Erneuerbare Wärme bis 2030 und 100 Prozent Erneuerbare Energie bis 2050.
3. Konsequente Einleitung der Mobilitätswende: Eine Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in urbanen Räumen plus eine Milliarde zusätzlich pro Jahr für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Regionen. Einführung eines preislich attraktiven, breit leistbaren Österreich Tickets für den gesamten Öffentlichen Verkehr, Umsetzungsstart Beginn 2020. Start einer Offensive für den Fuß- und Radverkehr. Lenkungsmaßnahmen im Sinne des Verursacherprinzips zur Verbesserung der Kostenwahrheit im Güterverkehr.
4. Streichung klimaschädigender Subventionen durch den Bund. Ökologische Modernisierung der Wirtschaft durch Stärkung von Bildung, Forschung und Innovation und Neuausrichtung des Steuer- und Fördersystems forcieren. Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz wird sich für die Streichung klimaschädigender Subventionen im Bereich der Länder einsetzen.
5. Umsetzung einer aufkommensneutralen ökosozialen Steuerreform im Jahr 2020. Klimaschädliches Verhalten wird belastet und klimaschützendes Verhalten belohnt – die Verwendung Erneuerbarer Energie, die Nutzung des Öffentlichen Verkehrs, biologische, regionale und saisonale Lebensmittel.

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz setzt sich ihrerseits für eine flächendeckende klimaschonende Raumordnungspolitik ein.

Ort, Datum

Unterschrift